
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER ZUR BONPFLICHT

28.02.2020

- **Minister weiß nicht, was die Bonpflicht bringt**
- **Landesregierung bleibt bei Bürokratie-Irrsinn**
- **Freie Demokraten sehen Hürde für Unternehmer**

WIESBADEN - „Weder äußert sich die Landesregierung konkret zum Aufwand, noch kann sie sagen, welchen Ertrag aus der Bonpflicht resultierende Prüfungen für die Staatskasse bringen“, ärgert sich Marion SCHARDT-SAUER, finanzpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Hintergrund ist die Antwort des Finanzministeriums auf eine Kleine Anfrage ([Drs. 20/1770](#)) der Freien Demokraten zur sogenannten Belegausgabepflicht.

Seit Jahresbeginn muss jeder Unternehmer seinen Kunden einen Kassenbon aushändigen, selbst wenn diese nur zwei, drei Brötchen holen. „Ein Bürokratie-Irrsinn“, haben die Freien Demokraten von Anfang an kritisiert. Bei der Bürokratie dürfte es wohl bleiben: „Die Landesregierung macht leider in ihrer Antwort deutlich, dass es keine pauschale Befreiung von der Bonpflicht für einzelne Branchen geben soll“, erklärt Schardt-Sauer.

„Die Bonpflicht ist eine weitere Hürde, die Unternehmern in den Weg gestellt wird“, sagt Schardt-Sauer vor dem Hintergrund, dass einige Händler durch die Einführung der Bonpflicht gezwungen sind, sich ein neues Kassensystem anzuschaffen. Auch, dass Geschäftsleute per se der Steuerhinterziehung - die mit der Bonpflicht eingedämmt werden soll - verdächtigt würden, könne nicht angehen. „Kontrollen bedürfen einer Grundlage.“

Schardt-Sauer fragt zudem, wo für die Kontrollen Kapazitäten abgezogen werden sollen. Diese würden in der Finanzverwaltung an anderen Stellen dringend benötigt. „Der Staat

muss Stärke zeigen - aber nicht beim Brötchenkauf“, mahnt die finanzpolitische Sprecherin.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de